

Aufwärts

Christliches Tageblatt
mit den Beilagen „Für Herz und Haus“,
„Kindergabe“ und „Unser Ziel.“

Bezugspreis:

Erscheint wöchentlich sechs Mal. — Preis monatlich 1.35 und
0.35 Beleghegebühr beim eigenen Postamt bezieht. — Fürs
Postamt unter Streichband 1.35 (inkl. Postgeb.). Preis der
Einzelnummer 10 Pf. Postfachkonto Hannover 87 377.

Anzeigenpreis:

Die einspaltige Zeile mit 10 Wörtern oder deren Raum 10 Pfennig.
Reklame 30 Pf. Beilagen unter 25 g je laufende 15 Pf.
Schluss der Anzeigenannahme nachmittags 5 Uhr. Postfach-
konto Hannover 87 377.

Nr. 48.

Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Donnerstag, den 26. Februar 1931.

13. Jahrgang.

Das ist die klarste Kritik der Welt,
Wenn neben das, was ihm mißfällt,
Einer was Eigenes, Besseres stellt.

Geibel.

Umschau.

**Hörfings Aufmarsch. — Kampf gegen Tribute und
Schuldlüge. — Die neuen Rüstungsausgaben Frankreichs.
— Henderson in Paris. — Ein monarchistisches Kabinett
in Spanien.**

Der 22. Februar, an dem Hörfing mit dem Reichsbanner „marschbereit“ sein wollte, ist ohne wesentliche Störungen vorübergegangen. Zwar ist von gewissen Berliner Nachrichtenagenturen der Aufmarsch zu erwecken versucht worden, als habe die Rede Hörfings vorwiegend dem „Kampf gegen die Arbeitslosigkeit“ gegolten, aber in Wahrheit stand nicht das Problem der Arbeitslosigkeit, sondern der Kampf gegen die Nationalsozialisten im Vordergrund. So hat ja denn auch Hörfing schon am vergangenen Donnerstag in Stuttgart ganz klar zum Ausdruck gebracht, daß das Reichsbanner seine Gegner „schlagen und — wenn das Interesse es nötig mache — sie auch restlos und erbarmungslos vernichten werde!“ Und der neue Vorsitzende der schlesischen Sozialdemokratie, Göttsche, der auch im Reichsbanner eine führende Rolle spielt, hat in denselben Tagen gesagt: „Der Feind steht im eigenen Lande. Diese Mahnung Karl Liebknechts gilt noch immer. Wir wollen den Feind im eigenen Lande schlagen. Das sei unser Wehrprogramm!“ Fast zu derselben Zeit aber erklärte der preussische Innenminister Severing in einer dienstlichen Konferenz vor den preussischen Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten und Polizeipräsidenten, „das Reichsbanner sei unter allen Wehrorganisationen diejenige, die den preussischen Behörden am sympathischsten sei, da das Reichsbanner nichts wolle als Stärkung des verfassungsmäßigen Staates und Schutz der Gesetze.“ Die Tücke des Zufalls aber wollte es, daß etwa zu derselben Stunde, als Severing (er ist ja prominentes Mitglied des Reichsbanners) diese Erklärung abgab, in einer Berliner Reichsbannerversammlung unsere verfassungsmäßigen Reichsfarben überhaupt nicht zu sehen waren, sondern alles in Rot drapiert war und der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Graf feststellte, die „Kampfausgaben“ des Reichsbanners sollten „die proletarischen Massen aufrufen und aufpeitschen“ und „dem Reichsbanner Gelegenheit geben, sich auf seine Macht und seine Ziele zu besinnen“. Es gelte jetzt alle verfügbaren Kräfte zusammenzunehmen und in den Kampf zu führen. Im November 1918 sei leider sehr viel versäumt worden, es sei aber noch nicht zu spät, all das Versäumte nachzuholen. Was die Republik der Weimarer Verfassung betreffe, so wisse jedermann, daß er diese Republik nicht liebe, sondern das Endziel könne nur die sozialistische Republik sein.“ Und gelegentlich einer anderen Berliner Reichsbannerkundgebung schrieb derselbe Reichstagsabgeordnete Graf vor wenigen Wochen in den „Jungsozialistischen Blättern“:

„Die Versammlung des Berliner Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold hat, unter Ausschluß der Farben Schwarz-Rot-Gold, ganz im Zeichen der roten Fahne gestanden. Der Hauptredner ist ein bekannter Verfechter des Gedankens der Diktatur des Proletariats. Er hat in seiner Rede unter dem tosenden Beifall der Reichsbannerleute seiner Abneigung gegen den Staat von Weimar Ausdruck gegeben und den sozialistischen Staat als Endziel des Kampfes des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold bezeichnet.“

Wie also der preussische Innenminister Severing dazu kommt, das Reichsbanner in einer dienstlichen Konferenz mit den preussischen Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten und Polizeipräsidenten als besonders verfassungstreu hinzustellen, vermag niemandem einzuleuchten, dem es um eine „Stärkung des verfassungsmäßigen Staates und Schutz der Gesetze“ ernstlich zu tun ist. Wir lassen kürzlich in einer Korrespondenz, die nicht etwa der linken oder rechten Opposition, sondern der Mitte nahe steht, „Der Republik droht Gefahr von den Republikanern und nicht von den Monarchisten!“ Wenn der Punkt erreicht wäre, wo sich alle Republikaner und Demokraten eifrig zu den staatsrechtlichen Verhältnissen bekennen würden, wie sie nun einmal gegeben sind, würde das fortgesetzte Gerede von einem „bevorstehenden Bürgerkrieg“ mit einem Male gegenstandslos werden.

Unter dem Einfluß unserer innenpolitischen Gegenstände ist die an sich durchaus erfreuliche Demonstration des Kampfreichtages gegen Kriegsschuldlüge und Tributzahlungen ohne nachhaltiges Echo geblieben. Das ist

äußerst bedauerlich, obwohl wir weit davon entfernt sind, die Bedeutung dieser Reichstagskundgebung irgendwie zu überschätzen. Es handelt sich hierbei ja lediglich um ein Kompromiß, dem auch die Sozialdemokratie ihre Zustimmung gab und das erst zustande kam, nachdem auf Anfrage des Sozialdemokraten Breitscheid festgestellt worden war, daß für die praktischen Maßnahmen „die Regierung selbst den ihr geeignet erscheinenden Zeitpunkt auswählt“. Wir stehen also vor einer ähnlichen Situation wie vor sieben Jahren, als der damalige Reichskanzler Marx den Deutschen ihre Teilzustimmung zum Dawesdiktat mit dem Versprechen abkaufte, „baldmöglichst“ mit dem offiziellen Kampf gegen die Kriegsschuldlüge zu beginnen. Bei diesem „baldmöglichst“ ist es dann geblieben. Es ist auch nicht ein einziger amtlicher Protestschritt in dieser Angelegenheit erfolgt. Nun liegen ja allerdings heute die Verhältnisse wesentlich anders als im Jahre 1924. Denn unter dem Druck des immer weiter um sich greifenden nationalen Aufbruchs unseres Volkes wird sich keine Partei und keine Regierung dem Volkswillen verschließen können, wenn sie nicht die letzten Sympathien ihrer Wähler verlieren wollen. Immerhin stimmt es uns einigermaßen bedenklich, daß man sich in dieser Schicksalsfrage des deutschen Volkes lediglich zu einem offensiblen Kompromiß verstehen konnte, während man einen gleichlaufenden Antrag des Volkvolkes ablehnte, der auf einen sofortigen Schritt der Regierung in der unhaltbaren Tributfrage abzielte. So vermögen wir in der neuen Tribut- und Kriegsschuldenentscheidung des Reichstags vorerst nichts anderes zu erblicken, als eine durch unsere neue innenpolitische Konstellation bedingte Geste. Wir würden es von Herzen begrüßen, wenn dieser — an und für sich durchaus erfreulichen — Geste bald ein wirklicher Erfolg beschieden wäre, der jedoch einzig und allein durch entsprechende Taten der Regierung und nicht durch mehr oder weniger unverbindliche Resolutionen der Parteien erzielt werden kann. Aber wir fürchten, daß unsere Regierung, die durch die bekannten deutsch-französischen Finanzabmachungen eine weitere empfindliche Einschränkung ihrer politischen Handlungsfreiheit auf sich genommen hat, kaum noch in der Lage ist, einen solchen wirklichen Erfolg durchzusetzen. Und wer da meint, es handele sich bei dieser Finanzaktion ja nur um „ein paar lumpige Reichsbahnvorschußaktien“, der kennt ganz offenbar die weitgehenden Rechte der Vorzugsaktionäre nicht, sich in sehr beträchtlichem Maße in unsere innerdeutschen Angelegenheiten einzumischen. Es steht ganz außer Zweifel, daß uns jede französische Finanzhilfe“ weiter in die Gefolgschaft Frankreichs zwingt und wir mit jedem geliehenen französischen Franken, der einmal deutsches Tributgeld war, uns immer unentrinnbarer in einen französischen Trabantenstaat verwandeln lassen.

Frankreichs rückwärtslose Machtpolitik aber liegen offen zutage. Während das französisch orientierte Völkerbundssekretariat in auffälliger und äußerst fadensteiner Weise für eine „internationale Abrüstung“ Propaganda macht, um Deutschland nachher um so besser als den alleinigen Störenfried des Genfer „Abrüstungs“-programms brandmarken zu können, ergeben die Pariser Kammerverhandlungen, daß sich allein die reinen Rüstungsausgaben des französischen Etats für 1931/32 auf 6,5 Milliarden Francs belaufen, wozu noch die Ausgaben für „Nationale Verteidigung“ kommen, so daß die französischen Heeresausgaben für das kommende Etatsjahr sich auf 16 Milliarden Franken oder 2,6 Milliarden Goldmark erhöhen. Hierbei ist zu berücksichtigen, daß das französische Kriegsministerium außerdem noch über große Kredite verfügt, die etatsmäßig überhaupt nicht in Erscheinung treten. Und so hat die in Rom erscheinende Zeitung „Popolo d'Italia“ allen Grund zu schreiben, „Frankreich beschleunige in diesem Jahre den Gang seiner Rüstungen und steigere sie zu napoleonischem Umfang, bevor ihm neue Verpflichtungen Beschränkungen auferlegt.“ Und das trifft wohl auch den Kern des ganzen. Nicht umsonst ist nach Craigie nun auch noch der englische Außenminister Henderson nach Paris gefahren, um der wachsenden Bedrohung des Weltfriedens durch Frankreichs Rüstungswahnsinn eine Bremse anzulegen. Ein wirklich dem Frieden dienender Erfolg Hendersons ist jedoch mehr als zweifelhaft. Frankreich rüstet eben bis zur großen „Abrüstungs“-konferenz im kommenden Jahre in so gigantischer Weise, um dann auf dieser Konferenz um so „größzügiger“ für eine 20- bis 25-prozentige allgemeine Abrüstung, wie sie inzwischen von Lord Cecil angeregt worden ist, eintreten zu können. Wer beispielsweise wie Frankreich über 3000 Militärflugzeuge verfügt und damit an führender Stelle steht, der kann leicht einer 20-prozentigen Minderung, womög-

lich zukünftiger Rüstungsprogramme, das Wort reden. Für Italien, das nur über 1015 Militärflugzeuge verfügt, würde sich ein allgemein verbindlicher schematischer Rüstungsabstrich schon wesentlich bedenklicher auswirken. Ganz zu schweigen von Deutschland, das ja laut Versailler „Friedens“-diktat nicht ein einziges Militärflugzeug (nicht einmal zur Verteidigung) führen darf. Daß es für uns in dieser allerwichtigsten Entscheidungsfrage kein Verhandeln geben darf, ist selbstverständlich. Wir haben einen ganz klaren rechtlichen und moralischen Anspruch auf eine wirkliche Abrüstung der anderen oder auf eine eigene Aufrüstung, die uns die gleiche Sicherheit gewährt, die auch die anderen Nationen für sich in Anspruch nehmen. Das kann von unserer Regierung nicht oft und deutlich genug zum Ausdruck gebracht werden.

Die Wirren in Spanien haben nun endlich zu einer, wenn vielleicht auch nur vorübergehenden Beruhigung geführt. Der „Kampf um die Krone“, zu dem gewisse Teile der spanischen Unruhen gestempelt haben, hat mit einem vorläufigen Siege des Königs geendet. Alfons XIII. hat sich zur Bildung eines monarchischen Konzentrationskabinetts entschlossen, an dessen Spitze Admiral Aznar steht, der bemüht zu sein scheint, über den Weg von Gemeinden, Provinzial- und Kammerwahlen auch den demokratischen Wünschen des spanischen Volkes Rechnung zu tragen. Es ist jedoch noch sehr die Frage, inwieweit die große Masse des spanischen Volkes überhaupt an den politischen Auseinandersetzungen der intellektuellen Oberschicht, des Militärs und des Klerus interessiert ist. Jedenfalls hat Deutschland durchaus keinen Anlaß, sich in die innenpolitischen Schwierigkeiten Spaniens, die von der wirtschaftlichen Seite her eine Verschärfung erfahren haben, irgendwie einzumischen, zumal sich Spanien — gerade auch unter Führung König Alfons' — niemals in das französische Schlepptau hat nehmen lassen und auch während des Weltkrieges trotz aller Bemühungen des Feindbundes seine Neutralität nicht aufgegeben hat. Wir können daher dem spanischen Volke nur wünschen, daß ihm die bitteren Erfahrungen, die Deutschland mit dem 8. November gemacht hat, erspart bleiben und daß es ohne die blutigen Greuel eines Bürgerkrieges über die gegenwärtige Krise hinwegkommt.

Gedanken eines Harmlosen.

(Schluß.)

Wenn nun Herr Reichskanzler Brüning den Vorschlag der Inlandsbank sozusagen mit einer Handbewegung abtut, so ist dieses tief bedauerlich und, sowie die Anhänger seiner Regierung landen eine große Verantwortung auf sich. Und wenn er als Schreckgespenst die Inflation an die Wand malt, so kann er wohl manche grauen machen, aber niemand überzeugen. — Die Verhältnisse im Vaterlande liegen jetzt so: Nach dem Ausweis der Reichsbank vom 7. Februar 1931 beträgt der Umlauf an Reichsbanknoten 3.31. nur 4084,2 Millionen RM, derjenige an Rentenbankscheinen 400,0 Millionen RM. Die Deckung an Gold und Devisen beträgt zur Zeit fast 60 Prozent, statt der im Gesetz vorgeschriebenen 40 Prozent. Würde die Wirtschaft die uns oft versprochene, aber nie eingetretene Ankurbelung erfahren, so würden ganz zwangsmäßig wieder mehr Banknoten in Umlauf kommen. (Siehe das vorher Gesagte über Zurechtfluten an die Reichsbank). Daß bei dem großen Umlauf unserer Wirtschaft diese mit dem geringen Umlauf von ca. 4 Milliarden auskommt, kommt in der Hauptsache daher, weil wir auch jetzt schon verschiedene Geld-Erfaszmittel haben, im weiteren Sinne schon eine Art Inlandsbank. Ich nenne den Scheck und den Wechsel. Der erstere hat sich erfreulicherweise auch in Deutschland allmählich sehr gut eingebürgert, seine Deckung beruht auf einem Bankguthaben des Ausstellers. Anders beim Wechsel, welcher gewöhnlich zur Begleichung einer Warenschuld dient, häufig aber auch nur auf Grund der Vertrauenswürdigkeit einer Firma oder Person ausgestellt, am Ende seiner Laufzeit vom Bezogenen, oder auch schon vorher von den Banken in bar ausgezahlt wird. Hier kann man vergleichsweise sagen, daß jeder Geschäfts- und Privatmann, sofern er Vertrauen genießt, ein Ersatzgeld herstellen und für kurze Zeit (meistens 3 Monate) in Umlauf setzen kann. Dabei wird der Wechselumsatz vor dem Krieg mit 52 Milliarden jährlich angegeben, heute ist er bedeutend höher. Hier spricht niemand von Inflation, weil der Wechsel eben eingebürgert, „nichts Neues“ mehr ist. Ferner wird der Geldumlauf verringert durch Ueberweisung (Ueberweisung) von Konto zu Konto seitens der Banken auf eigene Rechnung oder im Auftrage ihrer Kunden. Weiterhin durch

den Postschekverkehr, dieser betrug im Oktober 1924, also in einem Monat, 8,1 Milliarden RM, davon völlig bargeldlos 6,3 Milliarden. Heute ist er höher, doch stehen mir neuere Zahlen augenblicklich nicht zur Verfügung.

Und nun kommt Hugenberg mit seiner Inlandsmark, oder die Nationalsozialisten mit ihrer Baubank und be- antworten für nur 1 Milliarde zinsloses Geld (wie man es nennt, ist gleich, man könnte auch Scheck oder Wechsel sagen), um Häuser zu bauen. Ganz ohne Zweifel würde damit erreicht, der Wohnungsnot energisch abzuwehren, denn das Geld wäre vorhanden, um ungefähr 70 000 Einfamilienhäuser oder 80—85 000 Wohnungen zu schaffen. Mit dem alle Jahre zurückfließenden Amortisationsgeld wird dann immer weiter gebaut. Nicht nur das eigentliche Baugewerbe würde in Betrieb gesetzt, sondern auch fast alle Industriezweige, Eisen, Holz, Glas usw. erhielten dadurch Aufträge. Die Zahl der Arbeitslosen würde ver- ringert, die Steuereingänge erhöht, die Sozialausgaben erniedrigt, die Volksgesundheit gehoben, viele Unzufrie- denheiten beseitigt usw. Das Baugeld, die genannte Mil- liarde, ist bei Ausgabe voll gedeckt durch den Wert der Häuser. Und solche Vorschläge werden an maßgebender Stelle abgelehnt mit: „Wir wollen keine Inflation.“ Nein, Herr Brüning, wer ohne Vorurteil und ohne Sin- tergründe an die Sache herantritt, wer recht „harmlos“ abwägt, der tritt nicht auf Ihre Seite, der tritt auf die Seite der Opposition, denn die Durchführung obiger Vor- schläge bringt uns nie und nimmermehr eine Inflation. Dann könnte ich mir schon eher denken, daß immer neue Steuern, sowie neue Anleihen und dadurch erhöhte Zins- lasten, zur Inflation führen, denn damit werden keine neuen Werte geschaffen, höchstens die Zahlungsfähigkeit des Staates gemindert. Ebenso wird dadurch das Nö- tigte nicht erreicht, nämlich die Wirtschaft anzukurbeln, ebenso wie es durch Lohn- und Gehaltskürzung nicht er- reicht wird, sondern das Gegenteil wird eintreten, und dieser Schaden wird auch durch einen „Preisabbau“, wie wir ihn erleben, nicht ausgeglichen.

War es mit der Rentenmark nicht das selbe? Der Vor- schlag der Helfferich-Mark war auch lange vor Novem- ber 1923 da, aber nein, erst mußte alles zertrümmert sein, erst mußte jeder, der den Wert einer Goldmark in Händen hatte, zum „Billionär“ gemacht werden, dann wurde „das Wunder“ der Helfferich-Mark angewandt und siehe da, jeht ging es. — Muß die Zahl derjenigen erst noch viel größer werden, wo Vater und zwei, ja drei erwachsene Söhne zu Hause sitzen und keine Arbeit ha- ben, ehe man daran geht, die Arbeitsdienstpflicht einzu- führen, welche sich in Bulgarien schon seit Jahren gut bewährt hat? Muß denn immer erst noch das letzte in Scherben gehen, bevor man die angebotenen Hilfsmi- tel anwendet? Und man wird sie noch einmal als ein- zige Rettung ergreifen, geschieht es auch nicht von Herrn Reichskanzler Brüning, so doch von seinem Nachfolger!

Dieser Tage habe ich meine Kopfsteuer entrichtet. Ich habe als treuer Bürger nicht räsoniert. Ich hätte die Steuer sogar gerne bezahlt, wenn ich nur eine ganz kleine Soffnung gehabt hätte, damit einen Tropfen bei- tragen zur Rettung des geliebten Vaterlandes, aber so — Ich spreche oft mit Freunden über das „Ankur- beln der Wirtschaft“, weil ich mir davon ebensoviel Gutes verspreche wie unsere Regierung. Gut. Wie kann

aber nun ich als ganz einfacher Staatsbürger mithelfen, damit die Wirtschaft in Gang kommt? Da mit der Kopf- steuer der Lohn- und Gehaltsabbau zusammenfällt, so rechnete ich: soviel an Kopfsteuer, ja so, Doppelkopf- steuer, denn hier gilt die liebe Frau mit, wenn auch nur zur Hälfte. Also Doppelkopfsteuer macht soviel RM, plus Gehaltsabbau soviel RM, zusammen eine ganz nette Summe RM. Also diesen Betrag kannst du jetzt weni- ger ausgeben. Ei, das ist aber unangenehm! Nicht ge- rade wegen mir persönlich, denn mit Dank sei es gesagt: Glücklicherweise nicht arbeitslos ist! Aber mich quält doch die „Ankurbelung der Wirtschaft“, und da sagte mir kürzlich sowohl dieser Geschäftsmann als auch jener Handwerker, daß, wenn sich das Geschäft nicht bessert, müßten sie Leute entlassen oder ganz schließen. — Wenn ich ihnen nun für die obigen RM weniger abkaufen kann, und so viele seiner anderen Kunden ebenso, dann kann sich doch ihr Geschäft nicht bessern, sondern es wird noch schlimmer! Nun geht es doch Hunderten, Tausenden, Millionen in Deutschland ebenso wie mir, sie müßten auch helfen, die Verhältnisse zu bessern, aber Kopfsteuer plus Lohnabbau der Wirtschaft weniger zuführen, ist doch kein Ankurbeln der Wirtschaft, sondern einfach das Ge- genteil. Armer Geschäftsmann, armer Handwerker! — Mein einziger Trost ist, daß ich schuldlos bin, aber wehe, wer die Verantwortung zu tragen hat.

Da fällt mir noch eine Klage der Geschäftswelt ein, die Klage über die hohen Bankzinsen, die gezahlt wer- den müssen. Und fast alle sind sie den Banken zinspflich- tig, weil wenig Ueberflüsse erzielt werden und daher das Betriebskapital fehlt. Es muß notgedrungen der Weg zur Bank gemacht werden, gelingt es ihnen nicht dort, so ist dieses häufig der Anfang ihres geschäftlichen Endes. Gelingt es aber, dann heißt es, 10—12 % und mehr Zinsen zahlen, und nun sind diese wieder oft der An- fang vom Ende! Eine ernste und wichtige Frage im Ge- schäftsleben, diese hohen Zinsen. Mancher Leser weiß, welche Strafe, welche hohe, entehrende, aber gerechte Strafe vor dem Krieg drohte, schon bei viel weniger als 10—12 Prozent Zinsen. Heute scheint in dieser Hinsicht alles erlaubt zu sein. Der Geschäftsmann muß die Zin- sen natürlich auf die Ware schlagen, ja, wenn das nur einmal geschehen würde! Ehe die fertige Ware aber in die Hände des Verbrauchers gelangt, hat sie einen weiten Weg gemacht. So z. B. eine Schere für Mutter. Da ist erst die Zecher, welche den Eisenstein fördert, dann die Hütte, welche das Eisen gewinnt und Stahl erzeugt, dazu ist wieder Rohle nötig, also kommt noch die Roh- lenzeche dazu, dann die Werkzeugfabrik, weiter der Großhändler und schließlich der Kleinhändler, wo wir die Schere kaufen. Dieses sind ungefähr die Hauptbe- triebe, dazu sind allerlei andere Betriebe in geringerem Maße mitbeteiligt, z. B. die Lieferanten der Maschinen, Arbeitsgeräte usw. Jedenfalls haben alle mehr oder weniger mit den hohen Zinsen zu rechnen, mit anderen Worten: alle die vielen Haupt- und Nebenteile, die aber nicht zu umgehen sind, verteuern durch den hohen Zinsfuß die Waren. Folglich würde ein geringerer Zins die Waren verbilligen helfen, niedrigere Herstellungs- preise aber erhöhen den Umsatz, beleben also die Wirt- schaft. Folglich müßte auf jede Weise, mit aller Energie eine möglichst große Senkung der Zinsfüße durchgeführt werden. Oder sind die Banken allmächtig?

mit sowohl der Osten als der Westen sie zu bequemer Zeit, daß U. und A. durch Humor und Pathos gehen. Ein- lich ein Wollen der Gespräche feststellen während der Zeit, daß U. und A. durch Humor und Pathos gehen. Ein großer Teil amerikanischer Schulen besitzt Radios, die zuweilen im Unterricht benutzt werden. Besonders her- vorzuheben ist eine wöchentliche musikalische Stunde, die Walter Damrosch mit seinem Symphonieorchester be- sonders für Schulen gibt und der Millionen von Kindern mit großem Interesse zuhören.

Detroit macht in diesem Jahre ein interessantes Ver- kehrsexperiment. Vom Geschäftsdistrikt bis zur Stadt- grenze sind 16 Kilometer. Diese Strecke kann natürlich nur langsam befahren werden. Man hat nun geplant, eine Eisenbahn, die in der gewünschten Richtung läuft, mit einer Automobilstraße zu überbauen. Auf dieser kurzen Strecke kann man über eine halbe Stunde Fahrzeit sparen, muß aber dafür für die Benutzung der Straße be- zahlen. Moderne Automobile sind fähig, eine Durch- schnittsgeschwindigkeit von 100 Kilometern in der Stunde aufrecht zu erhalten. Diese kann aber unter heu- tigen Verkehrsverhältnissen nicht ausgenutzt werden. Früher waren die amerikanischen Städte und Dörfer dar- auf aus, wichtige Verkehrsstraßen durch ihr Geschäftszen- trum zu leiten. Man findet jedoch, daß der Durchverkehr nur zur örtlichen Verkehrsbedürftigkeit beiträgt, ohne geschäft- liche Vorteile zu bringen. Moderne Straßen werden jetzt um größere Städte herumgeführt, so daß man die hohe Geschwindigkeit des Automobils auch benutzen kann. Der Eisenbahnpassagierverkehr hatte schon durch die Konkurrenz des Automobils erheblich gelitten, aber in den letzten Jahren ist ihm ein noch schlimmerer Konkur- rent in der Form von gewaltigen Omnibussystemen ent- standen. Man kann jetzt 5000 Kilometer lange Strecken mit derselben Omnibusslinie fahren und ein Drittel des Eisenbahnfahrpreises sparen. Der Schlafwagenomnibus ist kürzlich eingeführt worden. Eine neue Figur im ame- rikanischen Verkehrsleben ist die Erscheinung des euro- päischen Kleinautomobils. Der Fordwagen war bisher das kleinste Modell, für europäische Begriffe aber schon ein recht großes Automobil. Seit letzten Herbst haben wir unter uns nun den kleinen englischen Austinwagen, der in diesem Frühling von einer amerikanischen Edition des französischen Mathiswagens gefolgt werden soll. Solche kleinen Wagen haben wir hier auch jetzt nötig. Die Zeiten sind augenblicklich so schlecht, daß zum ersten- mal in der Geschichte des Automobils die Frist zum Kauf der neuen Steuerplattchen bis zum 1. März verlängert

Herr Brüning genießt den Ruf eines starken Man- nes. Wohlan, hier gilt es mit fester Hand hineinzugrei- fen in dieses Wespenneß, welches aber auch die jetzige Regierung anscheinend scheut, wie das gebrannte Kind das Feuer. Dabei unterliegt es keinem Zweifel, daß von dem Tage ab, wo dieser sündhaft hohe Zins ermäßigt würde, unsere Wirtschaft einen großen Schritt weiter- gekommen wäre auf dem Wege zur Genesung. Wenn die Nationalsozialisten von einer Zinsminderung reden, die gebrochen werden muß, so ist auch dieses keine Angele- genheit, die man mit einer Handbewegung abtun kann. Hier ist ein Eiterherd vorhanden, der nicht nur den Wirt- schaftskörper Deutschlands, sondern der ganzen Welt krank macht. Und da sollte es keine Doktorstunde und kein Operationsmesser geben, die Pestbeule aufzuschnei- den? Diese Frage führt aber heute zu weit; wenn er- wünscht, vielleicht später einmal mehr darüber.

Der Schrei nach Erlösung von Versailles und der Kriegsschuldfrage erschallt erfreulicherweise immer lau- ter und vielseitiger. Bevor wir jedoch auch nur die erste Spur dieser Freiheit genießen werden, müssen wir an- scheinend erst noch eine neue Demütigung schlucken. Deutschland scheint es nun doch fertig zu bekommen, von unserem schlimmsten Sklavenhalter, von Frankreich, Geld zu leihen (ist inzwischen geschehen. — Die Red.) — kein französisches Geld, sondern erpresstes deutsches Tri- butgeld. Und dann wird Deutschland nicht nur un- rechtig Tribut, sondern auch noch Zinsen für das ihm abgepreßte und zurückgeliehene Geld an diesen unerbit- lichen Feind zahlen. Als Deutscher kann ich nur eins dazu sagen: Ich schäme mich, ich schäme mich!

Ernst Heiter.

Noch einmal die Ufa.

Der Verfasser nachstehender Zeilen gibt selbst zu, daß man über den Geldmacht streiten könne. Andererseits läßt sich nicht leugnen, daß der Kampf gegen die Ufa selb- st in einer Weise geführt wird, die mit Objektivität nichts mehr gemein hat. Es ist zweifellos richtig, daß eine ganze Reihe von Ereignissen der Ufa — wie auch der anderen Filmunternehmen — vom ersten volkshaus- göttlichen Standpunkt aus nicht gut geheißen werden kann. Aber wo reine Partei- und Profitinteressen sich zum Kritiker aufwerfen, ist ein gerechtes und selbst- loses Urteil selbstverständlich nicht zu erwarten.

In verschiedenen Artikeln wurde im „Aufwärts“ in letzter Zeit wiederholt gegen die Ufa und ihre Filmpro- duktion Stellung genommen. Neben einigen neuen Vor- würfen wurden z. T. auch Angriffe gegen die Ufa vor- gebracht, deren Nichtberechtigung den Kritikern nach den bereits vielfach erfolgten Richtigstellungen allmählich be- kannt sein sollte. So wurde u. a. das alte Märchen von der aufgetischten Ufa, daß die Ufa Filmvorträge von San-Mat Dr. Magnus Hirschfeld über sexuelle Wissenschaft fördere und sich damit auf das Gebiet des sexuellen Volkswis- sens begeben. Zum hundertsten Male sei demgegenüber festgestellt, daß das betr. Theater an ein Kulturvor- trags-Unternehmen verpachtet war, nach dessen sonstiger Vortragsgebarung die Ufa nicht damit rechnen konnte, daß Vorträge solcher Art gehalten wurden. Bereits nach dem ersten Vortrag ist ein Verbot der Theaterverwal- tung ergangen. Gerade christliche Kreise sollen sich doch

Amerikanische Beobachtungen.

Von Fritz Kraa, Detroit, Mich.

Schluß.

Die amerikanische Radioindustrie hat sich in etwas an- deren Linien entwickelt als die Deutsche. Das billige De- tektorgerät ist fast völlig aus dem Handel verschwunden, da die großen Entfernungen hier es zu unpraktisch ma- chen. Außerdem ist der Kopfhörer dem Amerikaner zu unbequem. Das billigste Massengerät hat 5 oder 6 Köp- fen, ist in ein Tafelkabinett eingebaut und kostet ca. 50 Dollar. Ein großer Teil der Automobile wird schon mit eingebauter Antenne für die Installation eines Auto- mobilradios geliefert. In den U. S. werden die Pro- gramme nicht von den Hörern unterhalten, sondern sind vergeschäftlicht. So wird denn vor der Präsentation einer Symphonie Beethovens und am Schluß derselben eine gewisse Sorte Schmieröl gepriesen. Außer etwa 400 unabhängigen Stationen gibt es zwei Kettengefell- schaften, die dasselbe Programm über die ganze Nation verbreiten, wozu ungefähr 60 Stationen nötig sind. Transatlantische Programme werden von diesen Gesell- schaften schon ziemlich regelrecht und mit Erfolg in ihre Reihe geleitet. Kürzlich wurde eine internationale De- batte zwischen dem deutschen und dem polnischen Mini- ster des Auswärtigen angekündigt, in der der Deutsche an einem Sonntagmittag und der Pole am folgenden Sonnt- ag sprechen sollte. Als ich nun voller Erwartung vor dem Apparat saß, wurde angekündigt, daß Dr. Curtius mit einer plötzlichen Erkältung darniederlag (?), hatte aber dafür das Vergnügen, die polnische Seite zu hören.

Die gewaltige Macht des Radios als Nachrichtenver- breiter wird nicht nur von großen Korporationen be- nutzt, die 10 000 Dollar und mehr für eine einzige Stunde bezahlen, sondern auch für politische Propaganda und von menschenfreundlichen Astrologen (1 Dollar die Antwort), Schmerzlösen Dentisten, Quacksalbern usw. Die Mischung des Absurden und Inspirierenden ist in der Tat bemerkenswert. Mehrere Schritte vom Erhabenen zum Lächerlichen können zu jeder Zeit durch eine einzige Drehung der Einstellkalla eines amerikanischen Radios gemacht werden.

Die populärsten Schauspieler des Radios sind wohl „Amos und Andy“, zwei Negercharaktere, die abends für 15 Minuten ihre Erlebnisse besprechen. In den U. S. be- steht ein Zeitunterschied von 4 Stunden von Rüste zu Rüste. Auf Drängen des Publikums mußten diese bei- den Helden ihr Stückchen zweimal abendlich spielen, da-

hüten, solche Fe-
fertigten Angriffe
Völlig unmal-
die Ufa sich für
pagandafilms in
Kritiker vermag
hierfür anzutret-

Ferner wird
zahl von Filme
nicht freigegeben
artige Filme de-
mollen. Ohne Z
Probleme, berer
in Frage kommt
sene zum Gege
können. Solche
auch wenn sie
lassen sind.

Besonders sch
„Der blaue Eng
Standardwerk d
widerspruchlos
Beurteilung die
sein müssen, daß
dem Urteil schul
Erwachlenen un
Einzelheiten von
stritten werden
sich zahlreiche u
Männer durchau
Zu diesen geße
einer Reihe bede
Vorsitzende des
reiche andere er

Gerade von
daß sie auch für
munternde Wor
Angriffe gegen d
der Ufa selbst.
begeistert und i
schen und fittlich
„Das Flottenho
den auf alle Ang
alten Trüben zu

Zum Schluß
landsdeutschums
sche Wochenzet
einer Beurteilun
tum in der Welt

„Im Ausland
kulturpropagand
beizumessen ist.
international, un
sicht sein, nation
hente fast alle n
ind, weil fast al
gisseure Deutsch
immerwärtigkei
schen Kursstimm
kraft, die ihren
fehlen.

Schritt machen
die Ufa; sie b
sie erzog mit Hi
besucher, deren
Rißsch total ver
zung und schuf
hänger.

Jeder Deutsche
Arbeit stützen u
lich ist daher d
preffe und von
die ja auch im
fast ganz abhän
weil der Besitze
Ufa kein gutes
direkter Verrat

Ein
Nationalsozialist
Unbetrügl

Ein Jock
durch Bittan
agriffen. Es
ein Nationalist
darauf fielen
durch die ein
tödlch verlegt
schuß erhielt.
wurde durch e
Ehäter kam es
ein Gendarm
leicht verlegt w

Indgefam
Personen me
Der tödlche St
tischliche St
Der Tische, e
verhaftet, doch

Die Poliz
dabei bei den
wurden bei den
ruten beschlag

Auf Grun
höhe hat die
für den Bezirk
Bittan ein Der

es starken Man-
nd hineingetre-
auch die jehige
gebrannte Kind
Zweifel, daß von
Zins ermäßigt
Schritt weiter-
fung. Wenn die
schaft reden, die
keine Angele-
ng abtun kam.
nur den Wirt-
ganzen Welt
Doktorfaust und
ule aufzuschnei-
weit; wenn er
darüber.—
sailes und der
es immer lau-
sch nur die erste
müssen wir an-
gung schlußten.
zu bekommen.
von Frankreich.
— Die Red.) —
s deutsches Tri-
nicht nur unde-
den für das ihm
diesen unerbit-
ich nur eins
nich!
Ernst Seiter.
fa.
bt selbst zu, daß
e. Andererseits
gen die Ufa viel-
mit Objektivität
richtig, daß eine
wie auch der
sten volkshöhe-
heißten werden
sittinteressen sich
und selbst
erwarten.
„Aufwärts“ in
ihre Filmpro-
nen neuen Vor-
die Ufa von
kern nach von
allmähliche
Märchen wo-
von San. At-
nschaft fördern
den Volkswis-
demgegenüber
in Kulturvor-
essen sonstiger
schonen konnte.
Bereits nach
heaterverwal-
ollen sich doch
Strafe, wenn
inführt.
Bann auf die
ende von Mi-
einen Hirsch,
er Vär zu er-
Erlaubnis-
und Lebens-
tschland ver-
hier jedoch
pen aus, um
hern, die mit
„Bewegliche
Nordens sind
esser und das
Jahr verliert
e, dessen ver-
abbaues sind.
Alt und wenn
Schneeweße
Meter über
uchs viel bis
Opfer, aber
Feuertür-
40 Kilome-
trot von hier
diesen ein,
n seine Rich-
tau und früh
und unvoll-
mischem Re-
und sind
boden. Der
rliche Dinge
Amerikaner
barisch, die
Vermischung
esser fächlich
ektor punkt
ohne Appo-
und verzeh-
glaubt zu
en Schnauz-
zu erheben
steht nsw.
Sonderbare
teilt ist.

hüten, solche Fälle immer wieder zu völlig ungerech-
fertigten Angriffen auszunutzen.

Völlig unwahr ist auch die weitere Behauptung, daß
die Ufa sich für den Vertrieb eines sowjetrussischen Pro-
pagandafilms in irgendeiner Form eingesetzt habe. Der
Kritiker vermag auch nicht den Schatten eines Beweises
hierfür anzutreten.

Ferner wird Kritik daran geübt, daß die Ufa eine An-
zahl von Filmen hergestellt habe, die für Jugendliche
nicht freigegeben sind. Es ist vollkommen abwegig, der-
artige Filme deshalb als minderwertig brandmarken zu
wollen. Ohne Zweifel gibt es eine ganze Reihe wichtiger
Probleme, deren Erörterung für die Jugend noch nicht
in Frage kommt, die aber mit vollem Recht für Erwach-
sene zum Gegenstand der Verfilmung gemacht werden
können. Solche Filme können durchaus wertvoll sein,
auch wenn sie lediglich für erwachsene Personen zuge-
lassen sind.

Besonders schweres Geschick wird gegen den Ufa-Film
„Der blaue Engel“ aufgeführt, der allgemein als ein
Standardwerk der deutschen Tonfilmherstellung gilt und
widerstandslos in der ganzen Welt gelaufen ist. Bei der
Beurteilung dieses Films wird man sich darüber klar
sein müssen, daß die darin aufgeworfenen Probleme nicht
dem Urteil schulpflichtiger Kinder, sondern nur dem von
Erwachsenen unterworfen werden dürfen. Wenn über
Einzelheiten vom Standpunkt des Geschmacks auch ge-
stritten werden mag, so steht die Tatsache doch fest, daß
sich zahlreiche urteilsfähige und verantwortungsbewußte
Männer durchaus für diesen Film ausgesprochen haben.
Zu diesen gehören Oberstud.-Direktor Dr. Bolle mit
einer Reihe bedeutender Berliner Pädagogen, weiter der
Vorsitzende des Deutschen Philologen-Vereins und zahl-
reiche andere ernsthafte Beurteiler.

Gerade von christlichen Kreisen sollte man erwarten,
daß sie auch für Leistungen einmal anerkennende und er-
munternde Worte fänden. Die beste Antwort auf alle
Angriffe gegen die Ufa sind schließlich doch die Leistungen
der Ufa selbst. Die vielen Tausende, die täglich wieder
begeistert und in tiefer Ergriffenheit einen vaterländi-
schen und sittlich gehaltvollen Film wie den Ufa-Tonfilm
„Das Flötenkonzert von Sanssouci“ bewunderten, wer-
den auf alle Angriffe gegen die Ufa nur die Antwort des
alten Freigen zu geben haben: „Niedriger hängen“!

Zum Schluß sei noch ein Urteil aus Kreisen des Aus-
landsdeutschtums über die „Ufa“ angeführt. Die „Deut-
sche Wochenzeitung für die Niederlande“ schreibt bei
einer Beurteilung der kulturellen und für das Deutsch-
tum in der Welt so wichtigen Leistungen der Ufa:

„Im Auslande merkt man erst recht, welcher große
kulturpropagandistische Wert, dem deutschen Film
beizumessen ist. Der Film ist zwar in mancher Hinsicht
international, und es kann daher nie seine direkte Ab-
sicht sein, nationale Propaganda zu machen, aber weil
heute fast alle wirklich guten Filme deutschen Ursprungs
sind, weil fast alle hervorragenden Filmkünstler und Re-
gisseure Deutsche sind, legt der deutsche Film doch ein
immerwiederkehrendes Zeugnis ab von dem hohen deut-
schen Kunstsinne, von der deutschen Tüchtigkeit und Tat-
kraft, die ihren Eindruck auf die große Masse nicht ver-
fehlen.“

Schrittmacherin für den deutschen Film ist und bleibt
die Ufa; sie brachte den Film auf ein höheres Niveau,
sie erzog mit Hilfe der Kritik die große Masse der Kina-
besucher, deren Geschmack durch den amerikanischen
Riß total verdorben war, zu besserer Kunstwertschät-
zung und schuf sich eine große Schar überzeugter An-
hänger.

Jeder Deutsche sollte stolz auf die Ufa sein und ihre
Arbeit stützen und fördern, wo er nur kann. Wie klein-
lich ist daher das Benehmen der „Frankfurter“,
die ja auch im Auslande gelesen werden. Ihr Urteil ist
fast ganz abhängig von ihrer politischen Einstellung, und
weil der Besitzer der Ufa kein Demokrat ist, wird der
Ufa kein gutes Haar gelassen. Ein solches Gebahren ist
direkter Verrat an der deutschen Sache.“

Unmut in Zittau.

Nationalsozialistischer Haderzug angegriffen. — Ein
Unbeteiligter erschossen. — Etwa 25 Verletzte.
— Zittau, 24. Februar.

Ein Haderzug der Nationalsozialisten, der sich
durch Zittau bewegte, wurde von Kommunisten an-
gegriffen. Es kam zu einem Handgemenge, bei dem
ein Nationalsozialist schwer verletzt wurde. Gleich
darauf fielen in der Frauenstraße mehrere Schüsse,
durch die ein unbeteiligter Mann, ein Schlosser Kallz,
tödlich verletzt und ein anderer einen leichten Rücken-
schuß erhielt. An dem herbeigerufenen Polizeikommando
wurde durch einen Schuß eine Scheibe zertrümmert.
Später kam es wiederum zu Zusammenstößen, bei denen
ein Gendarm schwer und ein jüdischer Schuhmann
leicht verletzt wurde.

Insgesamt sind vier Polizeibeamte und etwa 25
Personen mehr oder weniger schwer verletzt worden!
Der tödliche Schuß in der Frauenstraße soll von einem
linkschifigen Staatsangehörigen abgegeben worden sein.
Der Tote, ein vielfach vorbestrafter Mann, wurde
verhaftet, doch leugnet er die Tat.

Die Polizei nahm Durchsuchungen vor. Während
dabei bei den Nationalsozialisten nichts gefunden wurde,
wurden bei den Kommunisten Schlagringe und Stahl-
ruten beschlagnahmt.

Demonstrationsverbot.

Auf Grund der schweren politischen Zusammen-
stöße hat die Zittauer Polizei mit sofortiger Wirkung
für den Bezirk der Stadt und Amtshauptmannschaft
Zittau ein Demonstrationsverbot erlassen.

Zwischenfall bei Hindenburg.

Abermals ein Geisteskranker eingedrungen. — Mit
einem Parabellum-Revolver!

— Berlin, 25. Februar.

Im Palais des Reichspräsidenten von Hinden-
burg in der Wilhelmstraße ereignete sich abermals ein
aufregender Vorfall. Gegen 11.30 Uhr entdeckte der
im Meldezimmer sitzende Pförtner und der ihm zu-
geordnete Kriminalbeamte, daß in dem benachbarten
Vorzimmer ein Mann sich aufhalte. Er mußte die Tür
des Hauptportals zum Ehrenhof des Präsidenten-
hauses zufällig offen gefunden haben und dann bis in
das Vorzimmer eingedrungen sein. Auf die Frage des
Kriminalbeamten, was er hier suche, erklärte der Ein-
dringling, es handle sich um ein Unterstützungsgesuch.

Als der Kriminalbeamte den Eindringling nun er-
suchte, sein Gesuch schriftlich vorzubringen, erwiderte
er erregt, hierzu habe er keine Zeit, da er ohnehin nur
noch zwei Stunden zu leben habe. Der Eindringling
machte sich darauf an einer Kistenkassette zu schaffen und
zog einen Parabellum-Revolver hervor, der scharf ge-

laden und entzündet war. Die Beamten stürzten sich
auf den Eindringling und entrißen ihm in erbittertem
Ringeln die Waffe.

Die Vernehmung des Verhafteten ergab, daß es
sich um einen 1902 in Oberschlesien geborenen Hand-
lungsgehilfen Alois Brohl handelt, der am 23. Fe-
bruar nach Berlin zugereist war. Vermutete man be-
reits aus dem Verhalten, das Brohl an dem Tag legte,
daß man es mit einem Geistesgestörten zu tun hatte,
dann wurde dieser Verdacht noch dadurch verstärkt, daß
Brohl auf der Polizeiwache ganz verwirrte Aussagen
machte. Im übrigen betonte er immer wieder, die
Kugel sei für ihn selbst bestimmt gewesen.

Ernte Befürchtungen.

Der Vorfall im Hause des Reichspräsidenten muß
die ernstesten Befürchtungen erwecken. Wenn es dies-
mal den überwachenden Kriminal- und Polizeibeamten
gelingt, den Eindringling rechtzeitig zu fassen, so muß
doch darauf hingewiesen werden, daß im Hause des
Reichspräsidenten besondere Sicherungsmaßnahmen of-
fenbar notwendig sind. Es ist nicht das erstemal, daß
ein Unbefugter in das Palais eindringen konnte.

Deutscher Reichstag

Schiele vertritt das Agrarprogramm

Berlin, 24. Februar.

Präsident Lohse eröffnet die Sitzung um 3 Uhr. Die Ein-
sprüche der nationalsozialistischen Abgeordneten Brüdnier, Heines,
Koch-Ostpreußen und Weiter gegen ihre Ausweisung aus einer
früheren Vollversammlung des Reichstags werden zurückgewiesen.

Abg. Wirths-Besitz (Komm.) verlangt, mit der Tages-
ordnung einen Antrag seiner Fraktion zu verbinden, der Auf-
hebung des Demonstrationsverbots des Berliner Polizeipräsi-
denten für Mittwoch fordert. Der Aufhebung des Antrags auf die
Tagesordnung wird widersprochen.

Die Kommunisten beantragen u. a., die Ruhegehälter für
28.253 Offiziere der alten Wehrmacht im Betrage von 112.65
Millionen Mark zu streichen, ferner die Ehrenzulagen für Inhaber
militärischer Orden und Ehrenzeichen in Höhe von 390.000 Mark
ebenfalls zu streichen und die für Renten aller Art ausgegebenen
Beträge dementsprechend zu erhöhen.

Abg. Rohmann (Soz.) erklärt, daß es sich bei den Ruhegehal-
tern um Ansprüche handle, die auf geistlicher Grundlage beruhen.
Der kommunistische Antrag sei deshalb praktisch wirkungslos. Die
Sozialdemokraten würden ihn daher ablehnen.

Die kommunistischen Streichungsanträge werden darauf ab-
gelehnt. Der Haushaltsplan wird angenommen.

Zur ersten Beratung kommt dann der kommunistische Antrag
auf Sonderbesteuerung der Vermögenden. Die beiden Aufsichtsrats-
stellen und Einkommen über 50.000 Reichsmark, der sogenann-
ten Millionäresteuer. Abg. Elser (Soz.) beantragt die Ueber-
weisung des Antrags an den Steuerauschuß. — Die Sozialdemo-
kraten stimmen diesem Vorschlage zu. Abg. Stöcker (Komm.)
richtete heftige Angriffe gegen die Sozialdemokraten. Die Auschuß-
beratung wird unter großem Lärm der Kommunisten beschlossen.

Es folgt dann die zweite Beratung des Haushalts des Reichs-
ernährungsministeriums.

Reichsernährungsminister Schiele

der sogleich das Wort erhält, wird von den Kommunisten mit stür-
mischen Zurufen: „Unterernährungsminister!“ empfangen.

Die Agrarpolitik der Reichsregierung erschöpfe sich nicht
in einzelnen Hilfsmassnahmen für diesen oder jenen Zweig der
Landwirtschaft, sie stelle vielmehr ein System organischer miteinander
verbundener Maßnahmen dar, das im Rahmen der allgemeinen
Wirtschafts-, Finanz-, Sozial- und Außenpolitik alle Möglichkeiten
zur schnellen und dauernden Ueberwindung der Agrarkrise auszu-
schöpfen bestrebt sei.

Die Hauptaufgaben in dem Wiederaufbau unserer Wirtschaft
würden daher bei allem schuldigen Respekt vor dem Außen-
handel auf dem Binnenmarkt gelagert werden.

Je besser der Binnenmarkt gestärkt und ausgebaut sei, um so
stärker würden wir im internationalen Wettbewerbstandpunkt bestehen.
Zu der binnenwirtschaftlichen und sozialpolitischen Motivierung der
Agrarpolitik kämen die ernährungswirtschaftlichen Sorgen. Die
Aufrechterhaltung einer lebensfähigen Landwirtschaft sei seit über
einem Jahrzehnt nicht mit dem nötigen Nachdruck betrieben wor-
den. Nicht nur in der Finanz- und Sozialpolitik, sondern auch
in der Agrarpolitik müsse mit den Fehlern der Vergangenheit auf-
geräumt werden.

Das neue Agrarprogramm

Der Minister geht dann auf das neue Agrar-Programm der
Reichsregierung ein.

Er habe bereits im vorigen Jahre die Parole der Einschränkung
des Roggenanbaues ausgegeben. Das vorläufige Ergebnis sei er-
freulich und berechtige dazu, auf diesem Wege weiterzugehen. Die
frei gewordenen Flächen sollen für Weizen, Gerste, Hülsenfrüchte
und Grünlandwirtschaft verwandelt werden. Dieses Ziel kann in
erster Linie nur durch stärkere Anspannung der Selbsthilfesträfte
erreicht werden.

Die Reichsregierung ist gewillt, besonders in der Uebergangs-
zeit der Landwirtschaft den Weg zu fruchtbarer Selbsthilfe nach
Möglichkeit zu ebnen. Hierzu gehört in erster Linie die Durch-
führung des Standard-Gehaltes, der Zusammenfassung der Zuder-
industrie, die Durchführungsbestimmungen zum Milchgesetz.

Das dritte Kapitel des Agrarprogramms behandelt die Frage
der Beeinflussung des Verbrauchs. Vorübergehend wird in Not-
fällen vor gewissen Zwangsmaßnahmen nicht zurückgeschreckt wer-
den können. So sollen besonders für Kaffee, Fleisch und Zichorie
Erläuterungen für den Absatz der Anbauproduktion geschaffen
werden. Mit der Reichsbahn wird über die Ausdehnung einiger
Notstandsstarke auf weitere Gebiete verhandelt.

Die Reichsregierung beabsichtigt, auch den Fragenkomplex
des Brotgesetzes nochmals einer eingehenden Prüfung zu un-
terziehen.

Das bisher für den Getreidebau gehandhabte Prinzip des Ermäch-
tigungszollsystems hat sich voll bewährt, so daß die Regierung
seine Beibehaltung beschlossen hat.

Die Reichsregierung hat beschlossen, vom Reichstag für das
gesamte Zollgebiet freie Hand zu erbitten.

Eine solche generelle Ermächtigung wird dem Reichskabinett
natürlich vor allem auch die Möglichkeit geben, auf den Gebieten
der bäuerlichen Veredelungswirtschaft, des Leguminosenbaues und
der Forstwirtschaft einzugreifen, um Katastrophen abzuwenden.
Ferner hat die Regierung die Verlängerung der Ermächtigung für
das Einfuhrzollsystem unter Einbeziehung von Holz
beschlossen. Im Anschluß an frühere Verhandlungen und an die
eingeleiteten Verhandlungen mit Italien sollen schrittweise Ver-
handlungen mit weiteren Ländern folgen, denen gegenüber wichtige

landwirtschaftliche Erzeugnisse gebunden sind. Das trifft auch zu
für die notwendige Revision der

Abkommen über den kleinen Grenzverkehr.

Endlich befaßt sich das Agrarprogramm noch mit Maßnahmen
zur Ueberwindung der saisonmäßigen Gefahren, die sich aus dem
Zusammenbrechen des Angebots in der Zeit unmittelbar nach der
Ernte ergeben. In der Frage der Zinslasten wird die Reichsre-
gierung zusammen mit dem Reichsverband der deutschen landwirt-
schaftlichen Genossenschaften und mit einem zur Nachprüfung der
Zinslasten eingesetzten Ausschuss sofort die erforderlichen Ver-
handlungen einleiten.

Agrarpolitik sei heute in erster Linie ein Gebot staatspoliti-
scher Verantwortlichkeit gegenüber der Zukunft des Volkes.

Deshalb werde die Reichsregierung auch unbeirrt von falsch ver-
standenen Konsumienwünschen und parteipolitisch überpöhltem
Agrarradikalismus entschlossen in sachlicher Arbeit dasjenige tun,
was zum Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft und Landwirt-
schaft notwendig ist. Der Minister betont, daß er auch die Befürch-
tungen gewisser Industriekreise über die Wirkung der Agrarpolitik
auf unsere handelspolitischen Beziehungen nicht teilen könne. Die
Landwirtschaft verlange nur, daß auch in der Handelspolitik der
zweckmäßigen und naturgegebenen Solidarität von Industrie und
Landwirtschaft Rechnung getragen werde, sie fordere Parität und
wende sich gegen die einseitigen Opfer.

Mahnung an die Landwirtschaft

Zum Schluß wendet sich der Minister an die Landwirtschaft
selbst. Er weist darauf hin, daß auch dieses Gesetz leistungsfähig
keine Zauberformeln in keinem Schloß birge, daß es aber die ent-
scheidenden Probleme an den Wurzeln packe und bis an die Grenze
dessen gehe, was zurzeit gesetzgeberisch, auf agrarpolitischem Ge-
biet überhaupt möglich sei. Im Einvernehmen mit der Grünen
Fraktion habe er kein Amt als Ernährungsminister übernommen,
und in voller Einsamkeit seien die Grundlagen für das neue
Agrarprogramm geschaffen worden. Der Minister fuhr dann mit
erhobener Stimme fort: „Ich verleihe die schwarzen Fahnen der
Verzweiflung und Empörung als schwere Krankheits Symptome der
unser Leben ringenden Landwirtschaft. Mögen man die Kreise
dieses Hauses und vielleicht auch des deutschen Volkes für die
Agrarpolitik der Regierung nicht mehr das nötige Verständnis
aufbringen, ich halte trotzdem fest an meiner Aufgabe als ver-
antwortungsbewußter Reichsminister für die deutsche Landwirt-
schaft. Ich werde meinen Platz so lange behaupten, als ich der
Ueberzeugung bin, hier am besten der deutschen Landwirtschaft
und unserem Vaterlande zu dienen. Jemand anders geartete
Motive der Taktik und Parteipolitik können und werden bei mir,
der ich mich von allem Beigewicht befreit habe, keine Geltung
haben.“

Die Kurve am Arbeitsmarkt.

Langsames, aber weiteres Ansteigen der Arbeits-
losigkeit.

Die den Verlauf der Arbeitslosigkeit kennzeich-
nenden Zahlen sind in der ersten Hälfte dieses Mo-
nats in einer weit flacheren Kurve gestiegen als in
den letzten Wintermonaten.

Die Belastung der Arbeitslosenversicherung, die
im vorigen Berichtabschnitt noch um rund 155.000
Hauptunterstützungsempfänger zugenommen hatte, ist
bis zum 15. Februar nur noch um rund 48.000
auf rund 2.602.000 (gegen 2.318.000 im Vorjahr)
gestiegen. In der Krisenfürsorge wurden am gleichen
Stichtage rund 861.000 Hauptunterstützungsempfänger
gegenüber 811.000 am 31. Januar gezählt.

Von am 15. Februar bei den Arbeitsämtern
eingetragenen Arbeitslosen waren rund 4.991.000 an
diesem Stichtage arbeitslos. Das Ansteigen um rund
106.000 gegenüber dem 31. Januar fällt zum größe-
ren Teil den Saison-Außenberufen zur Last.

Stärker als im Durchschnitt der 13 Landesarbeits-
ämter war die Zunahme in den Bezirken Südwest-
deutschland, Schlesien, Pommern, Nordmark, Nieder-
sachsen und Hessen, geringer in Ostpreußen, Branden-
burg, Rheinland und Bayern.

Die Untersuchungen in Rothberg

Noch kein endgültiges Ergebnis. — Aufruf zur
Hilfsaktion.

Die neue Untersuchung der Unfallkommission auf
der Grube „Schweiller Reserve“ hat keine wesentlichen
neuen Momente mehr ergeben. Da im Gegensatz zu
Alsdorf noch kein größerer Bruch zu verzeichnen ist,
vielmehr nur eine kurze Strecke zu Bruch gegangen ist,
deren Aufklärung keine großen Schwierigkeiten be-
reiten dürfte, kann mit einem endgültigen abschließen-
den Ergebnis der Untersuchung in den nächsten Tagen
gerechnet werden. Einige Opfer der Katastrophe sind
obduziert worden.

Spende des Reichspräsidenten.

Der Regierungspräsident vonachen erließ einen
Aufruf zur öffentlichen Hilfsaktion für die Hinter-
bliebenen. Die Unterzeichner des Aufrufs ha-
ben je 5000 Mark gespendet. Reichspräsident von
Hindenburg hat als erste Spende 10.000 Mark be-
willigt.

Zwischenfälle bei der Beisetzung.

— Eschweiler, 25. Februar.
Nach den Einsegnungsfeierlichkeiten und Ansprachen der Geistlichkeit kam es auf dem Friedhof in Eschweiler zu einem Zwischenfall. Ein Vertreter der revolutionären Gewerkschaftsopposition hielt an den Gräbern eine Rede, die sehr scharfe Wendungen enthielt.

Von Polizeibeamten wurde er darauf am Weiterreden verhindert und schließlich genötigt, den Friedhof zu verlassen. Ebenso verfuhr man mit einem zweiten kommunistischen Redner. Als nunmehr die Kommunisten die Beisetzungsfestlichkeiten durch Pfeifen störten, räumte die Polizei den Friedhof.

Generalvollmacht für Gandhi.

Ausfahrt auf Einigung mit Indien. — Vor einer neuen Konferenz.

— Neu-Delhi, 25. Februar.

Der Vizepräsident der indischen Nationalkongress nahm eine Entscheidung an, in der Gandhi uneingeschränkte Vollmacht erhält, eine Abmachung mit dem Vizekönig zu treffen. Dieser beabsichtigt, Gandhi nach Indien zu rufen, um die kürzlich ausgenommenen Bestimmungen fortzusetzen.

Acht Delegierte der Londoner Konferenz am Kundalika hatten eine Besprechung mit dem Vizekönig, der ihnen das Wesentliche aus seiner Unterredung mit Gandhi mitteilte und ferner den Vorschlag, die Konferenz am Kundalika in Indien erneut zusammenzutreten zu lassen. Wie verlautet, stimmten die Delegierten einhellig den Vorschlägen des Vizekönigs zu. Man ist der Auffassung, daß, wenn die Einigung zu einer Verständigung weiter anhält, vor dem Ende dieser Woche eine Regelung der Verfassungsprobleme erzielt werden könnte.

Die Pariser Flotten„einigung“.

Die Engländer nach Rom unterwegs.

— Paris, 24. Februar. Die englische Abordnung ist Dienstagabend um 17.30 Uhr nach Rom abgereist.

Über die Einzelheiten des getroffenen Abkommens ist man im Augenblick noch unzureichend unterrichtet. Es scheint jedoch festzustehen, daß sich Frankreich bereit erklärt hat, seine Gesamttonnage auf „nur“ 630 000 Tonnen herabzusetzen. Die ursprünglich von Frankreich geforderte Ueberlegenheit von 244 000 Tonnen gegenüber der italienischen Flotte wurde ebenfalls vermindert und dürfte sich nach den neuen Vereinbarungen um 170 000 Tonnen herum bewegen. Auf der anderen Seite scheinen jedoch die englischen Bemühungen, Frankreich zur Aufgabe des beabsichtigten Baues eines 23 000 Tonnen-Kreuzers zu bewegen, erfolglos geblieben zu sein.

Auch die sog. „Schuhklausel“, die Frankreich volle Handlungsfreiheit hinsichtlich seiner Seerüstungen gestattet, sobald es sich von Dritten (lies: Italien!) bedroht fühlt, scheint Frankreich durchgedrückt zu haben.

Das stärkste Heer Europas.

Daladier zum französischen Kriegshaushalt.

— Paris, 24. Februar. Der Präsident der radikal-sozialistischen Kammergruppe, Daladier, betonte bei der Beratung des Kriegshaushaltes in der Kammer, daß die Gesamtausgaben, die man unter dem sogenannten Sicherheitshaushalt habe buchen wollen, sich auf 16,4 Milliarden Franken beliefen. Die französische Streitmacht bezifferte sich auf 556 000 Mann und sei demnach ungefähr der der zweijährigen Dienstzeit im Jahre 1912 gleich. Heute verfüge Frankreich jedoch über 240 000 Berufssoldaten, gegenüber nur 140 000 im Jahre 1912. Es gebe in Europa kein Land, das dem französischen ein gleichwertiges Heer gegenüberstellen könnte.

Hitler

über den Auszug der Nationalsozialisten aus dem Reichstag.

— München, 25. Februar. Aus Anlaß des 11. Jahrestages der Gründung der Nationalsozialistischen Partei fand im Bürgerbräukeller am Dienstagabend eine Kundgebung statt, in der Stadtrat Esser und Gauleiter Abgeordneter Wagner über Entwicklung und Ziele der Nationalsozialistischen Bewegung sprachen. Als dritter Redner ergriff Adolf Hitler das Wort zu einer programmatischen Darstellung der Politik der Nationalsozialisten, wobei er entschieden bestritt, daß der Auszug der Rechtsopposition aus dem Reichstag gegen seinen Willen erfolgt sei. „Es geschieht nichts, ohne daß ich es weiß oder billige, noch mehr: es geschieht nichts, ohne daß ich es wünsche. Wir werden jedes Mittel ergreifen, um das gegenwärtige Regime zu beseitigen“. Die Nationalsozialisten würden sich auch durch den Brief des Reichspräsidenten von Hindenburg in ihrer Taktik nicht irreführen lassen. Hindenburg sei wohl ein Schlachtenlenker gewesen, aber er sei kein politischer Lenker, sondern er werde selbst gelenkt. Wenn der Reichspräsident hoffe, daß eine nationale Opposition seine Politik rette, so erklärten die Nationalsozialisten, daß sie dieser Briefe eifrig halt lasse. Sie gingen in den Reichstag in dem Augenblick wieder hinein, in dem es ihnen für das deutsche Volk zweckmäßig erscheine. Die im Reichstag verbliebenen bürgerlichen Parteien machten zwei Drittel ihrer Politik mit den Nazis, sie sollten auch das letzte Drittel mit ihnen machen. Man rechne scheinbar nicht mit der Zähigkeit und grenzenlosen Verblendetheit der Nationalsozialisten, die heute schon ihres endgültigen Sieges gewiß seien.

— Eugenbergs Stellung zum Katholizismus. In einer Sitzung der Vorstehenden der Katholikenvereine der Deutschen Nationalen Volkspartei erklärte Geheimrat Eugenberg, kulturkämpferische Neigungen gebe es nicht in der Partei. Der Grundsatz der paritätischen Verteilung der Ämter sei eine gegebene Formel der Verständigung. In der Sehnsucht, das Land der Väter zu retten, könnten die Konfessionen sich ohne Argwohn die Hand reichen.

Großherzog Friedrich August †.

Oldenburgs letzter Landesfürst. — Im 79. Lebensjahr.

— Oldenburg, 25. Februar.

Im 79. Lebensjahr starb auf Schloss Rastade Großherzog Friedrich August von Oldenburg an Herzschlag. Der frühere Großherzog Friedrich August wurde am 16. November 1852 als Sohn des Großherzogs Peter geboren. An dem deutsch-französischen Krieg von 1870/71 nahm er als Ordonnanz-Offizier teil. In Versailles wohnte er der Kaiserproklamation bei. Anfang 1900 erhielt er den Rang als General der Kavallerie. Im Jahre 1878 vermählte sich Friedrich August mit Prinzessin Elisabeth von Preußen und nach dem Tode seiner ersten Gemahlin mit Herzogin Elisabeth von Mecklenburg. Die Tochter aus der ersten Ehe, Prinzessin Sophie Charlotte, war die Gemahlin des Prinzen Eitel-Friedrich von Preußen.

Die Regierung Oldenburgs hatte Großherzog Friedrich August am 13. Juni 1910 übernommen und bis zum 1. März 1911 ausüben lassen.

Politisch ist der ehemalige Großherzog nicht hervorgetreten. Sein Interesse galt vor allem Schiffsbau und technischen Fragen, wie er auch für die Konstruktion einer neuartigen Schiffshäube von den technischen Hochschulen in Danzig und Hannover zum Dr.-Ing. e. h. promovierte.

Frau Bertha Krupp †.

— Essen, 25. Februar. Frau Geheimrat Bertha Krupp sen., Ehrenbürgerin der Stadt Essen, Schwiegermutter von Geheimrat von Krupp von Bohlen und Halbach, ist im Alter von fast 77 Jahren plötzlich gestorben.

Kirche, Schule, Mission.

Ein viermonatiger Sommerlehrgang für Mädchen in der Heimvolkshochschule Hohenfolms.

Vielen Wünschen der Elternschaft und denen früherer Schülerinnen entsprechend soll der diesjährige Sommerlehrgang für Mädchen einen Zeitraum von vier Monaten ausfüllen. Sind es doch viele junge Mädchen, welche nicht nur durch einen kurzen Kursus angeregt werden möchten, sondern die eine Gelegenheit zu wirklicher Weiterbildung in der Heimvolkshochschule suchen. Wie die bisherigen Kurse wird auch der bevorstehende Lehrgang geistige und praktische Weiterbildung umfassen. Der Lehrgang beginnt am 13. April und endet am 8. August 1931. Das Aufnahmealter ist 17 bis 25 Jahre. Nähere Auskunft und Prospekte erbittet man bald von der Heimvolkshochschule Hohenfolms (Dr. Weglar).

Verchiedenes.

Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch Arbeitszeitverkürzung.

Sehr interessant sind die Erfahrungen, die die Hamburger Delwerke gemacht haben. Dieses Werk, das etwa 1000 Arbeiter beschäftigt, hat vor drei Monaten die Arbeitszeit von 48 auf 36 Stunden herabgesetzt. Dadurch konnten 350 Erwerbslose neu eingestellt werden. Das Werk berichtet ausdrücklich, daß entgegen den Warnungen der Unternehmerverbände irgendwelche ungünstigen Wirkungen nicht aufgetreten seien, insbesondere sei keinerlei Erhöhung der Gestehungskosten eingetreten. Lediglich die sozialen Lasten haben sich etwas erhöht, doch mache dies noch nicht ein Prozent der Lohnsumme aus. Auch wird ausdrücklich festgestellt, daß durch den häufigeren Schichtwechsel keine Verringerung der Arbeitsleistung eingetreten sei. Hier ist also der praktische Beweis für die Gangbarkeit dieses Weges erbracht worden. Uebrigens hat der Vorstand des Reichsverbandes kommunaler und anderer öffentlicher Arbeitgeberverbände Deutschlands (Reichsarbeitsgeberverband) schon vor längerer Zeit beschlossen, als vorübergehende Maßnahme zwecks Einstellung von Erwerbslosen die Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich zu einführen, wo die betriebstechnischen und wirtschaftlichen Verhältnisse das ermöglichen.

Bücher und Zeitschriften.

Die hier angezeigten Bücher sind zu beziehen durch die Buchhandlung der Anstalt Bethel.

Konfirmandenblätter für die Einsegnung. Wir stehen bald in der Zeit der Schulentlassung und der Konfirmation. Beim Auszug dieses Winterners tritt an alle ernstgemeinten Eltern und Erzieher die Frage: „Wie feiern wir die Einsegnung unserer Kinder?“ Der Deutsche Frauenbund für alkoholfreie Kultur hält Flugblätter bereit, die in kurzer, überzeugender Art und Weise Antwort darauf geben, dazu praktische Anleitung, wie man Familienfeste schön und würdig vorbereiten und feiern kann. Es kosten 100 Stück: Unsere lieben Konfirmanden (1) 0,75 M., 100 Stück: Liebe Jugend (2) 1,00 M., 100 Stück: An die Eltern unserer Konfirmanden (3) 1,75 M. Zu bestellen bei der Geschäftsstelle des Deutschen Frauenbundes für alkoholfreie Kultur, Dresden A 24, Liebigstraße 22, wo auch Probeblätter kostenlos zu beziehen sind.

Bethel.

— Die Zusammenkunft der Frauenhilfe ist wegen der Beerdigung Hausvater Ruffers auf Donnerstag verschoben.

Schriftleitung: W. Kraus, Wirtschafts- und Welpolitik: Dr. S. Dittler, Anzeigen: R. Diekmann, alle in Bethel. Zuschriften für die Schriftleitung: Bielefeld, Schiefelach 28. Für Geldsendungen: Postfach 600; Hannover 67377, „Aufwärts“. Christliches Tagesblatt, Bethel b. Bielefeld. Fernruf 3911/3919, Amt Bielefeld. Druck und Verlag: Anstalt Bethel.

Töchterheim

des Diakonissenhauses Kassel

staatlich anerkannte Haushaltungsschule, Landgraf Karlstr. 23, bietet jungen Töchtern Gelegenheit, sich zu tüchtigen Frauen und Müttern auszubilden. Näheres Prospekt.

Gemüse-, Feld- u. Blumensamen

Knollengewächse: Dahlien, Gladiolen, Begonien.
Baumschulartikel: Obstbäume, Ziersträucher, Rosen, Nadelhölzer. — Blütenstauden usw.

Gärtnerei und Samenhandlung der Anstalt Bethel bei Bielefeld

Liebhaver-Photographen

decken ihren Bedarf in der Photo-Handlung König, Bielefeld, Rathausstr. 3. Tel. 955

Haustochter

gesund, arbeitsfreudig und kinderlieb in modernen Etagenhaus mit Familienanschluss gesucht. Frau W. Petri, Marburg a. d. Lahn.

Gesucht sauberes

Mädchen

welches im Haushalt gut angeordnet ist, etwas Kochen kann oder Lust hat, Kochen zu erlernen. Off. mit Lohnansprüchen zu richten an Frau Dr. Bruhns, Singhofen bei Nassau.

Suche für meine 20j. Tochter, ev., Stellung als

Stütze der Hausfrau

in gutem christlichen Hause, wo Hilfe für grobe Arbeit vorhanden mit Familienanschluss. Selbige ist perfekt im Schneidern und in allen Hausarbeiten erfahren.

Aug. Friedrich, Fremdenpension in Braubach a. Rh.

Dentist

wegen Fortgang des Assistenten sucht Dentistwirt, per bald oder 15. März einen gläub. Dentisten zur Leitung ihrer Praxis. Eil.-angebot mit Zeugn., Bild und Referenzen an die Geschäftsstelle d. B. erbeten.

Automechaniker, 25 Jahre alt, Landwirtssohn, sucht Stellung als

Chauffeur

fischerer Führer und guter Wagenpfeleger. Führerschein 1, 2 und 3b. Angebote erbeten an

Gg. Steinhauer, Vimbach b. Gerolzhofen (Unterfranken).

Kur-Anstalt Erholungshaus vegetarisch und Rohkost Ebert Benneckenstein-Hochhaus unweit Bramlage Pastor Felckhausen. Prosp. freil.

Für bestempfohlenen Landwirtssohn, welcher mehrere Jahre als Anstaltsarzt tätig ist, wird

Vertrauensstellung

gesucht, wo bei bescheidenen Ansprüchen Heirat möglich. Bewerber, denen es um eine ehrliche, fleißige Kraft geht, mögen Angebote unter A 1195 an die Geschäftsstelle d. B. einreichen.

Haustochter

erf., christl. gef., evang., gef. im Gutschaushalt, Anleit. und Mitarbeit schwach begabter Tochter in Haus und Gartenarbeit. Zeugnisse, Lebensl., Ansp. einreichen. Angebote unter A 1192 an die Geschäftsstelle d. B.

Nordseeaufenthalt

für Jg. Mädchen und Kinder. Monatlicher Pensionspreis z. Zt. 75 RM. Prospekte durch den Pensionsinhaber Gemeindevorsteher Paulsen

Amrum-Norddorf

Carl Lepper Bielefeld, Gehrenberg 23 Fernsprecher 976.

Spezialhaus für erstklassige und solide Schuwaren jeder Art. Stets billige Preise.

Wissenschaftl. Töchterheim

„Zanzenberg“ Bad Sachsa (Südharz) (vorm. A. Rothhoff)

steht z. 15. April 4—6 Haustöchtererf. aus gebildeten Familien zur Erlernung des Haushalts, Handarbeiten, gesellschaftl. und wissenschaftl. Fortbildung, Sport. Beste Pflege. — Zuzahlung von monatl. 80 M. — Auskunft durch: Fr. Dr. Schnabel, Bad Sachsa, Ostertalstraße 1—5.

Hochgebirgs-Sonnenkuren

Winter und Frühling im Ev. Erholungshaus Hasliberghaus Golden (Berner Oberland) 1060 m. Sorgfältige Pflege. Trauliches Familienleben. Tagespreis von 8 Fr. an. Ausbildung von Haustöchtern. Illustr. Prospekt v. Hausvater.

Durch Kontrolle des vereidigten Chemikers Dr. Bodinus, Bielefeld, ist die Echtheit meines

Bienen-Bienen-Honig

10 Pf. Dose 10,55 RM, vorwiegend Aker-Bienenbrot 12,50 RM, halbe Dose 6,10 RM und 7,10 RM, 1/2 Pf. Dose 2,00 RM und 2,30 RM frei Haus. Nachm. 30 Pf. mehr. Gar. Rücknahme.

Dr. Krieger, Wergeln 2, R. Seel. Dieser Honig ist auch in Ophir, vereinigte Vertauschungen der Anstalt Bethel, zu haben.

Schwermetalle, Verzagte, Erholungsbedürftige und solche, die in geistiger Not sind, finden freundliche Aufnahme und Hilfe im Herrn zu mäßigem Preise im

Erholungshaus

Haus Friedensruh in Laufen/Eyach, O.A. Balingen (Würtbg.) Sommer und Winter geöffnet. Anfragen sind zu richten an die Leitung des Hauses.